

# Informationsdienst

Datum: 15. Oktober 2008 – 05. November 2008 Nummer: 14/ 2008

## Inhaltsverzeichnis

<b>Türkei</b>	<b>Seite 01 bis 09</b>
<b>Irak</b>	<b>Seite 09 bis 10</b>
<b>Iran</b>	<b>Seite 10 bis 12</b>
<b>Syrien</b>	<b>Seite 12 bis 13</b>
<b>Deutschland</b>	<b>Seite 13 bis 14</b>
<b>Europa</b>	<b>Seite 14 bis 15</b>
<b>Hinweise</b>	<b>Seite 16</b>

## TÜRKEI

### **Interessante Entscheidungen zur Meinungsfreiheit**

Die Cumhuriyet meldet, dass die große Kammer des Kassationsgerichtshofs letztinstanzlich die Klage von Cüneyd Zapsu gegen den Journalisten Ugur Ipekci abgewiesen hat. Ipekci hatte geschrieben: "Ist es ein Zufall, dass alle Berater des Ministerpräsidenten Kurden sind? Die Türkei sucht ihre inneren Feinde an der falschen Stelle, sie müsste den Kopf heben und nach oben schauen." Die Entscheidung erging mit 3 zu 41 Stimmen. Angaben über die Begründung wurden nicht gemacht.

Die Staatsanwaltschaft Bolu wies eine Klage gegen einen Zeitungskommentar in der Regionalzeitung "Bolu Express" zurück, in der zum Mord an DTP-Mitgliedern aufgerufen wurde. Der Satz "Für jeden gefallenen Soldaten muss ein DTP-Mitglied sterben" wurde im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit bewertet. Das große Strafgericht Düzce bestätigte die Anordnung auf Verfahrenseinstellung der Staatsanwaltschaft Bolu. (*Milliyet*, 2.10./ *Cumhuriyet*, 1.10.08)

### **Kurden-feindlicher Protest in Adana**

Nachdem ein arabisch-stämmiger Türke in Adana von Dieben erstochen wurde, wurde wegen der Annahme, dass es sich bei den Dieben um Kurden handele, die Scheiben von verschiedenen Geschäften und Autos eingeschlagen. Durch das Eingreifen der Gendarmerie konnten größere Ausschreitungen verhindert werden. Der Vorfall wird im Zusammenhang mit steigenden Spannungen nach dem PKK-Angriff in Semdinli und den Ausschreitungen in Altinova/Balikesir gesehen. (*Cumhuriyet*, 7.10.08)

### **Generalstabschef kritisiert Medien**

Generalstabschef Basbug hat türkische Medien scharf wegen ihrer Berichterstattung über den Angriff auf den Gendarmerie-Stützpunkt Aktütin vor zwei Wochen kritisiert. Die Tageszeitung Taraf hatte Anfang der Woche gemeldet, dass bereits vor dem Angriff Hinweise vorgelegen hätten, die nicht berücksichtigt worden seien. General Basbug warf einigen Zeitungen vor, den PKK-Angriff als "Erfolg" darzustellen und damit Verantwortung für

weiteres Blutvergießen zu tragen. Zugleich kündigte Basbug an, dass der Untersuchungsbericht zum Angriff in Aktütin veröffentlicht werde.

Zugleich wird gemeldet, dass ein Militärgericht angeordnet habe, dass die in der Tageszeitung Taraf erschienene Meldung über einen Geheimdienstbericht vor dem Angriff nicht mehr veröffentlicht werden dürfe und ordnete an, dass die Zeitung das ihr zugespielte Material herausgeben müsse. Das Veröffentlichungsverbot begründete das Gericht mit einer laufenden Untersuchung wegen Bruch des Dienstgeheimnisses, deren Ergebnisse durch die Berichterstattung gefährdet werden könne. (*NTV*, 15.10.08)

### **Terrorismusbekämpfung allein durch Polizei und Gendarmerie**

Bei einem Treffen von Regierung, Armeespitze und Polizei wurde entschieden, dass zukünftig die Koordination der Terrorismusbekämpfung durch eine neue Einheit innerhalb des Innenministeriums koordiniert werden soll. Statt Armeeeinheiten sollen insbesondere Spezialeinheiten von Polizei und Gendarmerie eingesetzt werden. Der von der Opposition eingebrachte Vorschlag, eine Pufferzone im Nord-Irak einzurichten, um das Einsickern von PKK-Militanten in die Türkei zu verhindern, wurde verworfen. Innerhalb der neuen Strukturen sollen außerdem die Kompetenzen der Provinzgouverneure bei der Terrorismusbekämpfung gestärkt werden. Weitere Maßnahmen sollen gezielte Aktionen gegen Führungskräfte der PKK sein sowie die Verstärkung des Kontakts zu Familien von Militanten, um ihre Rückkehr zu erreichen. (*Zaman-Internet*, 15.10.08)

### **Regierung entschuldigt sich erstmals für Folter**

**Justizminister kondoliert nach Tod eines Häftlings. Jährlich hunderte Folterfälle.**

Das hat es in der Türkei noch nie gegeben: dass sich ein Minister öffentlich für Folter entschuldigt. So nun geschehen im Fall des 29-jährigen Engin Ceber. Seine Geschichte war zu stark in den Medien präsent, als dass die Regierung zur Tagesordnung hätte übergehen können.

Ende September war er beim Verteilen einer linksgerichteten, aber nicht verbotenen Zeitschrift verhaftet worden. Auf der Polizeiwache und im Gefängnis wurde er schwer geschlagen, wie der Obduktionsbericht bestätigt. Ceber erlitt eine Gehirnbildung, an der er vergangene Woche verstarb. „Alle, die dafür verantwortlich sind, dass die Türkei mit einem solchen Fall konfrontiert ist, werden bestraft“, sagte Justizminister Mehmet Ali Sahin und suspendierte 19 Beamte vom Dienst.

Doch die Türkei ist nicht mit „einem solchen Fall“ konfrontiert, sondern mit hunderten. Allein 2007

gingen bei der Justiz laut der Menschenrechtsgruppe IHD 678 Beschwerden über Folter und Misshandlung ein.

Bedrängt werden in der Türkei auch religiöse Minderheiten. Und so rief der Wiener Erzbischof Christoph Schönborn bei seiner jüngsten Türkei-Reise, zu der ihn die türkische Religionsbehörde Diyanet eingeladen hatte, dazu auf, dass die islamische Mehrheit „eine Art Schutzfunktion für die religiösen Minderheiten“ übernimmt. (*Die Presse*, 16.10.2008)

### **Kritik an Verfolgung von Schriftstellern in der Türkei**

Die internationale Schriftstellervereinigung Pen hat die türkische Regierung auf der Frankfurter Buchmesse wegen der Verfolgung von Schriftstellern kritisiert. Die Türkei ist das diesjährige Gastland. Untersuchungsgefangene dürfen dort über ein Jahr lang inhaftiert werden, ohne sie über den Grund zu informieren. Gegenwärtig stehen in der Türkei 75 Schriftsteller unter Anklage, ein Drittel wegen "Beleidigung des türkischen Staates". (*Rote Fahne*, 18.10.08)

### **Der „Tiefe Staat“ auf der Anklagebank**

Von Stephan Baier

***Beim Jahrhundertprozess gegen die „Ergenekon“-Verschwörung geht es nicht um nationalistische Spinner, sondern um staatsähnliche Parallelstrukturen***

Im Sitzungssaal des Gefängnisses von Silivri bei Istanbul begann am Montag ein Prozess, der nicht nur quantitativ alle Dimensionen sprengt. 86 prominente Türken, darunter Generäle, Professoren, Anwälte, Unternehmer und Journalisten sind angeklagt, einen Militärputsch vorbereitet zu haben. Das Beweismaterial füllt 440 Aktenordner. Die Verlesung der 2 455 Seiten starken Anklageschrift kann Monate dauern, der Prozess wohl sogar Jahre. Es geht um Verschwörung, Morde, Attentate und einen geplanten Staatsstreich.

Der Skandal wurde im Juni 2007 öffentlich, als die Polizei bei Razzien in Istanbul-Ümraniye und Eskişehir illegale Waffenlager entdeckte. Auf dem Computer des pensionierten Offiziers Oktay Yildirim fand sich ein Geheimdokument mit dem Titel „Ergenekon“, das einen Geheimbund und seine Ziele beschrieb. Laut Anklage war das Ziel, durch gewalttätige Demonstrationen in 40 türkischen Städten und gezielte Attentate eine Destabilisierung der Türkei herbeizuführen, die das Militär zu einem neuerlichen Putsch gegen die Regierung zwingt und damit die vermeintliche Islamisierung durch Erdogan stoppt. Die Ermordung eines Richters des Obersten Verwaltungsgerichtes in Ankara 2006, die bisher Islamisten zugeschrieben wurde, soll ebenso auf das Konto von „Ergenekon“ gehen wie ein Anschlag auf die kemalistische Zeitung „Cumhuriyet“. Ob die Ermordung des armenischen Publizisten Hrant Dink und des katholischen Priesters Antonio Santoro ebenfalls auf „Ergenekon“ zurückzuführen ist, lässt die Anklage offen. Die türki-

sche Zeitung „Zaman“ zitiert einen „geheimen Zeugen“, der dies und mehr behauptet.

Türkischen Medienberichten zufolge sollen Attentate auf den Literaturnobelpreis-Träger Orhan Pamuk, auf den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios, und auf den armenisch-apostolischen Patriarchen von Istanbul, Mesrob, geplant gewesen sein.

Im 20. Jahrhundert putschte das türkische Militär mehrfach gegen gewählte Regierungen, um vermeintliche Islamisierungen zu verhindern und das Erbe Atatürks zu schützen. Die Liste der 86 Angeklagten deutet darauf hin, dass hier eine einflussreiche Clique im Ringen zwischen der populären Regierung Erdogan und dem kemalistisch orientierten Generalstab nachhelfen wollte. Unter den Angeklagten sind der ehemalige Kommandant der Gendarmerie, General Sener Eruyur, Heeres-General Hursit Tolon, der Gründer des Gendarmerie-Geheimdienstes „Jitem“, Generalmajor Veli Küçük, der frühere Rektor der Universität Istanbul, Kemal Alemdaroglu, der Vorsitzende der extrem linken und nationalistischen Arbeiterpartei, Dogu Perincek, der Vorsitzende der Handelskammer Ankara, Sinan Aygün, und der langjährige Herausgeber des „Cumhuriyet“, Ilhan Selcuk. Das sind keine harmlosen Spinner, die in ihrer Freizeit Machtspiele betreiben, sondern hohe Repräsentanten des kemalistischen Establishments, das die Türkische Republik bis zur Wahl Erdogans 2002 fest im Griff hatte. Ideologisch legitimiert sich die Gruppe durch die Berufung auf Atatürk – dessen Erbe ja auch der amtierende Generalstab und der Generalstaatsanwalt durch die AKP-Regierung gefährdet sehen. Nicht zufällig ist Ex-General Eruyur seit seiner Pensionierung Präsident des „Vereins für das Denken Atatürks“ und organisierte in dieser Funktion im Frühjahr 2007 Massendemonstrationen gegen die Regierung. Zugleich nehmen die Verschwörer direkten Bezug auf die vor-islamische Geschichte beziehungsweise Mythologie der Türken. Der Name „Ergenekon“ bezieht sich auf ein mythenumwobenes Bergtal, in dem sich die Göktürken (auf die sich alle Turk-Völker zurückführen) nach dem Zerfall ihres Reiches und der Niederlage gegen die Chinesen zurückgezogen haben sollen. Die Legende sagt, sie hätten allen Eisenbesitz eingeschmolzen und daraus ein Tor geschmiedet, welches das Tal versperrte. Nach mehreren Generationen der Abgeschlossenheit sei das Tal überbevölkert gewesen, so dass die Göktürken aus dem Eisentor Waffen schmiedeten, um neuerlich gegen die Feinde zu ziehen. Sie irrten jedoch durch das Labyrinth aus Tälern und Schluchten, bis eine graue Wölfin sie aus den Bergen führte.

Die Bezugnahme auf diese nationalistische und kriegerische, vor-islamische Mythologie ist bezeichnend für einen Geheimbund, der meint, das nationalistische Erbe Atatürks nötigenfalls mit Mord, Terror und Staatsstreich gegen die eigene Gesellschaft verteidigen zu müssen. Hier wird sichtbar, was die Türken den „tiefen Staat“ nennen: Machtstrukturen, die unabhängig von Wahlen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den Sicher-

heitsorganen, vor allem in Justiz und Militär, etabliert sind und sich jeglicher Kontrolle entziehen. „Die Gewalt gegen Andersdenkende kommt aus dem Innersten des Staates“, schrieb der in Istanbul lebende Korrespondent Rainer Hermann in seinem jüngsten Buch. Der Ergenekon-Prozess jedoch zeigt, dass es die Regierung Erdogan mit der Reform des Justizwesens ernst meint. Erstmals stehen in der Türkei hohe Ex-Generäle vor einem zivilen Gericht. Erstmals wird auch das mächtige Militär, das bisher einen Staat im Staate bildete, dem Rechtsstaat unterworfen. (*Die Tagespost*, 22.10.08)

### **Konflikt mit Kurden eskaliert**

Meldungen über eine angebliche Misshandlung des kurdischen Rebellenchefs Abdullah Öcalan haben für neue Spannungen in der türkischen Kurdenregion gesorgt.

Nach Medienberichten über eine Misshandlung des inhaftierten Chefs der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, haben in der Türkei Tausende Anhänger demonstriert.

Bei Protestkundgebungen und Straßenschlachten zwischen Polizei und kurdischen Demonstranten in mehreren Städten in Südostanatolien seien in den vergangenen Tagen ein Mensch getötet und mehrere Dutzend festgenommen worden, meldeten türkische Zeitungen. Während eines Besuches von Ministerpräsident Erdogan in Diyarbakir, der größten Stadt des türkischen Kurdengebietes, hatten sich die Proteste am Montag intensiviert. Türkische Regierungsstellen haben die Vorwürfe jedoch bestritten.

Die Führung der Kurdenpartei DTP erhob schwere Vorwürfe gegen den türkischen Staat. Nach dem Militärputsch von 1980 habe es einen "Völkermord" an den Kurden gegeben, sagte DTP-Chef Ahmet Türk. Die DTP verlangte die Entsendung einer Delegation zu Öcalan.

Der Rebellenführer wird auf der Gefängnis-Insel Imrali im Marmara-Meer festgehalten. Öcalans Anwälte hatten nach einem Besuch bei ihrem Mandanten vergangene Woche auf Imrali erklärt, der PKK-Gründer habe von einer körperlichen Misshandlung und Todesdrohungen durch seine Wärter berichtet. Zudem sei Öcalans Zelle verwüstet worden.

Das türkische Justizministerium hatte diese Vorwürfe zurück gewiesen. DTP-Chef Türk sagte, jeder Angriff auf Öcalan sei ein Angriff auf das kurdische Volk. Öcalan sitzt seit seiner Festnahme und Verurteilung zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe im Jahr 1999 als einziger Häftling in Imrali ein.

Der Europarat hatte im März nach einem Besuch von Experten dort gefordert, ihm nach neun Jahren in Isolationshaft so schnell wie möglichen menschliche Kontakte zu erlauben. Andernfalls drohe die Gefahr, dass sich sein angeschlagener Geisteszustand noch weiter verschlechtere, hieß es in einem Bericht des Anti-Folter-Komitees der Staatenorganisation.

Ein Grund für die wachsenden Spannungen sind die im Frühjahr anstehenden Kommunalwahlen in der Türkei. Erdogans AKP hat es sich zum Ziel ge-

macht, die derzeit von der DTP beherrschten Bürgermeisterämter in Diyarbakir und anderen kurdischen Städten zu erobern. (*Süddeutsche Zeitung*, 23.10.08)

### **Autorin Baydar über kurdische Minderheit**

#### **"Ich bitte um Verzeihung"**

Es stört sie nicht, in der Türkei als Nestbeschmutzerin bezeichnet zu werden, sagt Oya Baydar - die Schriftstellerin über Folter, die Kurden und die Zerrissenheit der Linken.

**taz:** *Frau Baydar, sind Sie eine Patriotin?*

**Oya Baydar:** Eine Patriotin? Nein, das bin ich nicht. Ich liebe mein Land, und setze mich damit gerne auseinander. Aber ich würde nicht dafür sterben – diesen Einsatz würde ich nur für die Menschenrechte bringen.

*In Deutschland gibt es immer wieder Patriotismusdiskussionen. Die meisten Deutschen können dieses Wort nicht aussprechen, ohne rot zu werden. Können Sie das nachvollziehen?*

Ja, die deutsche Geschichte ist eine sehr schwierige, und wer sich als Patriot bezeichnet, wird schnell in die konservative Ecke gestellt. Aber auch in der Türkei ist der Begriff sehr negativ behaftet. Denn unser Land ist gespalten, und es zeigen sich Abgründe. Mächtige Gruppierungen in der Armee und in den Behörden, die auch einen Putsch ausüben würden, und neue religiöse Strömungen mit einem autoritären Staatsverständnis. Dann gibt es noch die Kemalisten. Sie tendieren zum Nationalismus, lehnen sich gegen die Regierungspartei auf, die das religiös-konservative Bürgertum vertritt. Alle diese Gruppen sehen sich als Patrioten.

*In Ihrem neuen Roman ist die Türkei ein Land, das unter Terrorismus und Nationalismus leidet. Warum so kritisch mit ihrer Heimat?*

Finden Sie mich wirklich so kritisch?

*Sie beschreiben eine Gesellschaft, die den Kurswechsel scheut, Minderheiten unterdrückt und in der die Linken auf der Sinnsuche sind ...*

Unser Land befindet sich schon seit Längerem in einem Destabilisierungsprozess, der sich zunehmend verdichtet. Deswegen ist es für die Jüngeren sehr schwierig, ihre Enttäuschungen beiseitezuschieben. Und viele der älteren Linken haben ihr Gesicht und ihre Sprache verloren. Die Zerrissenheit macht sich auch daran bemerkbar, dass unsere Linke heute eine andere ist und anders als die im Westen. Denn bei uns sind die Linken zweigeteilt: in das Lager der Nationalisten und in das der Distanzierteren. Letztere aber suchen nach einer neuen, demokratischen Strömung.

*Warum vertreten Sie auf der Frankfurter Buchmesse das Land, aus dem Sie fliehen mussten, in dem Ihre Meinung zensiert wird und Sie jederzeit mit Klagen rechnen müssen?*

Ich vertrete hier nicht die Türkei, ich präsentiere nur einen gewissen Teil der kulturellen Linken und bin als Schriftstellerin hier. Aber man muss auch mal die Perspektive wechseln. Die Türkei hat auch schöne Seiten, nicht alles ist schlecht dort. Aber das interessiert die Wenigsten.

Wie kann die Linke arbeiten, wenn es den Paragraphen 301 gibt, der die Beleidigung des Türkentums unter Strafe stellt? Immerhin ist es in der Türkei nicht allzu schwer, deswegen vor Gericht zu landen.

Man sollte das nicht zu sehr aufheizen, denn bisher wurde noch niemand wegen dieses Paragraphen gehängt. (*Sie muss laut lachen.*) Natürlich muss dieser abgeschafft werden, keine Frage. Aber es gibt andere Paragraphen, die schlimmer sind.

*Die türkische Schriftstellerin Elif Shafak beschwert sich darüber, dass "Menschen aus dem Westen nichtwestliche Schriftsteller gerne bemitleiden". Teilen Sie diese Ansicht?*

Voll und ganz. Der Westen will uns immer beschützen, unter eine Käseglocke packen und behüten. Wir werden wegen Nichtigkeiten bemitleidet und nicht ernst genommen.

*Auch Ihre Romanfigur in Ihrem neuen Buch, die Wissenschaftlerin Elif, wehrt sich gegen das eindimensionale Bild einer archaischen Türkei.*

Es geht nicht darum, vom Westen immer verstanden oder akzeptiert zu werden. Es geht um eine faire Wahrnehmung.

*Sie sagen, dass Sie mit türkischen Soldaten, die gegen die PKK kämpfen, aber auch mit dem kurdischen Rebellen mitfühlen können. Woher diese Symphonie der Gefühle?*

Ich kann spüren, wie es ist, einen Sohn zu verlieren. Ich ahne, welches Leid dahintersteckt, ich kann den Schmerz der Hinterbliebenen sehen. Es geht nicht um Kurden oder Türken, es geht um den Verlust junger Menschen für einen uralten Konflikt, denn wir friedlich beilegen müssen.

*Verletzt es Sie, wenn Sie als Vaterlandsverräterin beschimpft werden?*

Überhaupt nicht. Nur, wer so bezeichnet wird, liebt sein Land. Ich fände es schade, wenn ich nicht als eine Vaterlandsverräterin abgestempelt werden würde.

*Sie wurden wegen Ihrer politischen Ansichten als junge Frau gefoltert und ins Gefängnis gesperrt. Welche Spuren hat diese Zeit bei Ihnen hinterlassen?*

Ich habe nicht die Folter in ihrer schlimmsten Art und Weise erlebt. Ich wurde nach dem Putsch 1971 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, musste aber nur zwei absitzen. Während dieser Zeit wurde ich mit Elektroschocks gequält. Mein Dasein wurde zweigeteilt: in ein Leben vor und nach der Folter. Denn meine Karriere wurde durch diesen Abschnitt unterbrochen, und es war sehr schwierig, wieder den Anschluss zu finden.

*Und emotional? Was hat sich danach für Sie verändert?*

Ich habe während dieser Lebensphase meine Emotionen kaum zugelassen. Denn hätte ich das gemacht, wäre ich sehr wütend geworden, das wollte ich nicht. Außerdem hatte ich immer Hoffnung und Ideale und wusste, dass ich überleben muss, um meine Ziele weiter zu verfolgen.

*Als linksintellektuelle Frau müssen Sie in der Türkei immer wieder mit politischen Verfolgungen*

*rechnen. Warum sind Sie nach Ihrem Exil in Deutschland 1991 dennoch zurückgekehrt?*

Ich wollte zurück in meine vertraute Umgebung, zurück zu meinen Freunden und Wurzeln. Ich wollte etwas für das Land tun, dem ich mich immer noch zugehörig fühlte.

Haben Sie Angst, wenn Sie von den Plänen der türkischen Nationalisten hören - und ihren Opfern? Orhan Pamuk wird regelmäßig bedroht.

Nein, warum sollte ich Angst haben?

*Immerhin wurden Kritiker in ihrer Heimat schon ermordet.*

Na und, was soll mir schon passieren? Wir werden alle eines Tages sterben. Mein Ehemann hat einen Leibwächter, ich will das nicht. Wenn mir irgendwer etwas antun will und es gelingt, dann soll es auch so sein. Aber die Zeiten für Schriftsteller haben sich ein wenig zum Guten gewendet. Denn im Vergleich zu den 80er- und 90er-Jahren sind die Strafen für Menschen mit starken Meinungen nicht mehr ganz so hoch. Wir Kritiker sind es gewohnt, immer im Kreuzfeuer und vor Richtern zu stehen. Das sind die Bedingungen, mit denen wir uns abfinden müssen. Das kenne ich alles schon. Wer das nicht ertragen kann, sollte erst gar nicht damit anfangen.

*Der Mord an Hrant Dink, die Klagen gegen Orhan Pamuk, die Verfahren gegen Sie, all das sind Zeichen, dass sich Nationalisten vor Intellektuellen fürchten. Was bedeutet das für Ihre Arbeit?*

Es ist nicht nur ein gewaltsamer, sondern auch ein psychologischer Krieg, der hier geführt wird. Wenigstens stehen jetzt einige mutmaßliche Verschwörer der ultranationalistischen Ergenekon vor Gericht, die einen gewaltsamen Regierungssturz der Regierung Erdogan geplant hatten. Ob es zu einer Verurteilung kommen wird, bleibt fraglich. Aber die Generation von Pamuk hat - Gott sei Dank - nicht die Repressalien erleben müssen, die wir erlebt haben. Wir haben ganz anderes durchgemacht. Schlimmeres.

"Die Menschen dort verkörperten unsere Scham, weil wir sie der Armut überließen, unseren Stolz, weil sie sich den Gräueltaten widersetzen. Sie waren unser Volk, in dessen Namen wir, weil wir das Wort Kurde benutzt hatten, im Gefängnis saßen, so beruhigten wir unser Gewissen", lautet ein Zitat aus Ihrem Roman. Auch Sie setzen sich immer wieder für Minderheiten ein. Was treibt Sie an? Es ist mein Gewissen, das mich motiviert. Im Südwesten der Türkei sterben täglich Menschen, und wir leben einfach so weiter. Viele von uns fühlen sich schuldig, weil wir uns nicht in ausreichendem Maß dagegen wehren. Dabei geht es nicht um Mitleid oder Sympathien, es ist eine Frage der Gerechtigkeit. Der Kurdenkonflikt ist das wichtigste Problem, das wir lösen müssen und an dem sich auch die Demokratiefähigkeit des Staates zeigen wird. Ohne eine Akzeptanz der kurdischen Kultur wird es keine moderne Türkei geben und wird sich die Gesellschaft spalten. Der Titel meines Buchs "Verlorene Worte" ist auch eine Metapher für die Bedrohung der kurdischen Sprache.

*Neben den Kurden setzen Sie sich auch für andere Gruppen ein.*

Die Tragödie der Minderheiten hat mich nie losgelassen, nicht die der Kurden und auch nicht die der Armenier. Obwohl wir wissen, dass wir immer noch die Menschen im Osten unterdrücken und hunderttausende Armenier vor hundert Jahren zu Tode gekommen sind, mag der Staat sich nicht entschuldigen. Deswegen bitte ich persönlich unsere armenischen und kurdischen Brüder und Schwestern um Verzeihung.

*Sie haben einst gesagt: "Unsere Generation wollte die Welt verändern. Jetzt sind wir über 60 Jahre alt und furchtbar enttäuscht." Warum?*

Irgendwann wurde klar, dass wir die Welt nicht verändern konnten, sondern dass wir Türken uns veränderten. Immer wenn die türkische Gesellschaft einen Schritt vorwärts wagte, ruderte sie anschließend wieder zwei Schritte zurück. Viele meiner früheren Weggefährten haben ihre utopischen Ideale des Sozialismus vergessen, sich der Gesellschaft angepasst, die wir eigentlich bekämpften.

*Und Sie sind sich treu geblieben?*

Ich habe mich nie von meiner linken Identität los-sagen können und versuche immer noch, etwas zu verändern. Jetzt möchte ich eine neue Linke bilden, mit neuen Worten und Sichtweisen. Ich bin Sprecherin der Türkischen Friedensinitiative und bin in einer NGO. Dem chauvinistischen Nationalismus muss eine Widerstandsbewegung entgegengestellt werden.

*Sie kämpfen seit Jahrzehnten. Sind Sie nicht langsam müde?*

Ehrlich gesagt: Doch, das bin ich, ein bisschen. (taz, 21.10.08)

### **Polizei wirft PKK vor, Minderjährige zum Steinwerfen anzustiften**

#### **Nach Straßenschlacht in sechs minderjährige Kurden inhaftiert**

In Zusammenhang mit Kurden-Protesten im Südosten der Türkei sind offenbar sechs kurdische Jugendliche im Alter von 13 und 14 Jahren verhaftet worden. Den Buben würden Mitgliedschaft in der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und Straftaten in deren Auftrag vorgeworfen, verlautete am Freitag aus Justizkreisen.

Die sechs waren am Montag bei Protestkundgebungen und Straßenschlachten zwischen Polizisten und kurdischen Demonstranten in Diyarbakir in Polizeigewahrsam genommen worden. Sie gaben zu Protokoll, sie hätten nichts mit den Unruhen zu tun. Sie seien lediglich auf der Straße unterwegs gewesen und dann in die aufgebrauchte Menge geraten. Bei Demonstrationen von Kurden werden immer wieder Kinder und Jugendliche beobachtet, die mit Steinen auf Polizisten zielen.

Den Behörden zufolge setzt die PKK gezielt Minderjährige ein, um so die Sicherheitskräfte und deren Vorgehen in Misskredit zu bringen. Zu den Unruhen am Montag kam es durch Berichte über die angebliche Misshandlung des inhaftierten kurdischen Rebellenchefs Abdullah Öcalan durch

türkisches Gefängnispersonal. (Der Standard.at, 24.10.08)

### **Mehmets Albtraum**

*Von Christiane Schlötzer*

#### **Ein deutscher Kurde über seine Haft in der Türkei**

Eines weiß Mehmet Desde genau: "Dass ich Deutscher bin, hat die türkische Polizei nicht interessiert." Mehmet Desde, ein gebürtiger Kurde aus Landshut ist wieder in Deutschland - nach gut sechs Jahren. So lange wollte er nicht fortbleiben, er war doch nur in die Türkei gefahren, um seinen Vater zu beerdigen. Danach hat er mit einem Freund noch ein paar Tage Urlaub an der Ägäisküste gemacht. Was dort aber geschah, hat, wie Desde sagt, "mein Leben zerstört".

Der 49-Jährige hat alle Daten dieses Horrortrips im Kopf. Es war ein Sommertag, der 9. Juli 2002, als er bei Izmir festgenommen und zur Antiterror-Abteilung der Polizei gebracht wurde. Dort hat man ihn misshandelt, mit Vergewaltigung und dem Tod bedroht. Man werde ihn mit einem Betonklotz in die Ägäis werfen, sagten ihm seine Folterer. Den deutschen Pass nahmen sie ihm ab und erklärten, dieser sei "sicher gefälscht". So erzählt es Desde nun mit leiser Stimme. Als er erfuhr, was ihm vorgeworfen wurde, konnte er damit wenig anfangen: "Mitgliedschaft in einer Terrororganisation." Von der "Bolschewistischen Partei Nordkurdistans/ Türkei", der er angehören sollte, hatte Desde nach eigenen Angaben noch nie etwas gehört.

Er erhielt trotzdem Ausreiseverbot, wurde angeklagt und zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. In der nächsten Instanz plädierte sogar der Generalstaatsanwalt für Freispruch, aber das Kassationsgericht in Ankara bestätigte am 25. Dezember 2006 das absurde Urteil aus Izmir: Der Deutsche Desde musste in ein türkisches Gefängnis.

Da wäre er wohl vergessen worden, hätten nicht sein Bruder Baki in Moosburg an der Isar und Amnesty International immer wieder an ihn erinnert. Amnesty organisierte eine Briefkampagne. Das türkische Justizministerium wurde mit Schreiben überhäuft, aber die meisten bekam Desde selbst. "Es waren rund 6000, sie kamen sogar aus Äthiopien und Japan, so viele, dass der Postbote im Gefängnis von Izmir mich kennenlernen wollte." Der dachte wohl, der Empfänger müsse ein prominenter Mann sein. Etwa 2000 Briefe hat Desde dann selbst geschrieben, um nicht vergessen zu werden.

Und dann kam Marco, genauer gesagt der Fall des 17-jährigen Marco W., des Schülers aus Uelzen, der in Antalya in einem Gefängnis landete, nachdem er angeblich eine 13-jährige Britin sexuell missbraucht hatte. Die Empörung in deutschen Medien über die harte Behandlung des jungen Deutschen war groß, und Desdes Familie nutzte die Gelegenheit, an den Gastarbeitersohn aus Landshut zu erinnern, der "mindestens so viel Aufsehen verdient hätte". Das deutsche Konsulat in Izmir hat sich zwar auch für Desde eingesetzt, und die Botschaft in Ankara beim dortigen Außenministerium, aber reagiert auf den diplomatischen und öffentlichen

Druck hat die Türkei nur im Fall Marco. Desde sagt bitter: "Ich bin eben nur ein Papierdeutscher, mein Vorname ist Mehmet."

Er wird jetzt nach Berlin gehen, sich im Zentrum für Folteropfer behandeln lassen. Seinen letzten Job in einem Restaurant und seine Wohnung in Lands-hut, in der er 17 Jahre lang lebte, hat er verloren. Seine Tochter konnte die Miete nicht mehr bezahlen. Als Desde am 6. Oktober aus dem Gefängnis von Tire bei Izmir entlassen wurde, hatte er nicht einmal genug Geld für den Rückflug. Den hat Amnesty bezahlt.

"Ich weiß, dass ich nicht der einzige bin, der gefoltert wurde", sagt Desde. Er hat aber etwas getan, was noch immer selten ist: Er hat seine Peiniger angezeigt. Ermittlungen wurden aber erst aufgenommen, als auch das deutsche Konsulat in Izmir schriftlich intervenierte. Amnesty geht davon aus, dass "mutmaßlich unter Folter erpresste Aussagen" mehrerer Häftlinge "ineinem unfairen Prozess" letztlich zur Verurteilung Desdes führten.

Im Juli 2002 waren in Izmir noch ein halbes Dutzend andere junge Leute festgenommen worden, auf der Suche nach den Urhebern einer Flugblattaktion einer linken Splittergruppe. Und Desde hatte offenbar schlicht den falschen Geburtsort: Tunceli, eine Stadt, die in der Türkei als Hochburg linker Kurden gilt. Das genügte schon für einen Anfangsverdacht.

Die vier angeklagten Polizisten mussten 16 Mal vor Gericht erscheinen. Am 22. Dezember 2004 wurden sie alle freigesprochen, der Oberste Gerichtshof bestätigte diesen Freispruch zwei Jahre später. Desde in seiner Zelle hat man das erst mitgeteilt, als er im Februar 2007 über seinen Anwalt nach dem Stand der Dinge fragen ließ.

Nun ist er wieder frei. Er will ein Buch über die Albtraum-Reise schreiben. Das Datum ist Zufall: Am heutigen Dienstag wird die Türkische Republik 85 Jahre alt - "und noch immer kommt zuerst der Staat und dann das Individuum", sagt Desde. Ankara habe zwar die Gesetze an die EU angepasst, aber "in den Köpfen" von Richtern und Polizisten habe sich leider noch nicht viel geändert hat, "wenn einer Mehmet und nicht Hans oder Marco heißt". (*Süd-deutsche Zeitung*, 29.10.08)

### Internet in der Türkei

**"Als Nächstes zensieren sie unsere Träume."**

**Die türkischen Internet-Zensoren geraten außer Kontrolle: Richter haben in einem Jahr per Gerichtsbeschluss mehr als tausend Webseiten gesperrt.**

*Von Kai Strittmatter*

"Endlich!" meldet das Magazin *Penguen* auf der Titelseite: "Internet in der Türkei komplett verboten". Daneben abgedruckt: die von nun an gültige Suchmaske fürs türkische Google. "1. Begriff gut leserlich eingeben", steht da. "2. Falls Sie den Begriff finden, zu welchem Zweck werden Sie ihn verwenden?", ist dann auszufüllen. Und: "Haben Sie oder ein anderes Mitglied Ihrer Familie schon jemals zuvor obigen Begriff gesucht?" Zuletzt Ausweisnummer und Adresse eingeben und abschi-

cken ans "Suchmaschinendirektorat" in Ankara. Per Post natürlich.

"In einer Reihe mit China, Nordkorea und Iran"

Richtig: *Penguen* (deutsch: Pinguin) ist ein Satiremagazin. Und lag doch selten näher an der Wirklichkeit. Die türkischen Internetzensoren geraten allmählich außer Kontrolle. Die Bürger sehen es so fassungslos wie fasziniert.

"Schwarzer Humor" war der einzige Kommentar, der Mustafa Akgül, dem Präsidenten des Vereins für Internettechnologie ITD noch zum jüngsten Treiben türkischer Richter einfiel, einen "Seufzer der Verzweiflung" stieß die Zeitung Sabah aus.

Diesmal erwischte es Blogger, den populären Blogdienst von Google, den auch in der Türkei Zehntausende nutzen. Landesweit und komplett gesperrt am vorigen Freitag von einem Richter in Diyarbakir. Weil man dort Fußballübertragungen sehen konnte, für die der Kabelbetreiber "Digitürk" sonst Geld verlangt. "Das war die Nummer 1112" meldete der Onlinedienst Bianet. 1112 gesperrte Webseiten in einem Jahr: "Damit steht die Türkei in einer Reihe mit China, Nordkorea und Iran."

### Pornographie und Lippenstift für Atatürk

Mal ist Pornographie der Grund, mal Propaganda für die kurdische Sache, mal der Lippenstift auf dem Gesicht von Republikgründer Atatürk. Der wurde dem Videportal Youtube zum Verhängnis: blockiert seit Mai. Dahinter steht Gesetz Nummer 5651, das im November 2007 in Kraft trat und das sich immer mehr als Missgeburt erweist. Vor allem deshalb: Es gibt jedem Gericht in der Türkei das Recht, den Zugang zu jeder Webseite landesweit zu blockieren.

Meisterhaft nützt das vor allem der islamische Kreationisten-Guru Adnan Oktar. Er hat stets willige Richter gefunden, um mittlerweile Dutzende von Webseiten sperren zu lassen, von denen er sich verunglimpft fühlt. Zuletzt fielen seinem Feldzug die Internet-Auftritte des Atheismus-Bestseller-autoren Richard Dawkins und der Tageszeitung *Vatan* zum Opfer. Und jedes Mal wird der Zugang komplett gesperrt, anstatt dass man vom Betreiber das Entfernen der anstößigen Seiten oder Links verlangte. "Die Türkei hat noch nicht kapiert, was das Internet überhaupt ist", sagt Internet-Lobbyist Akgül.

Vor zwei Wochen noch pries Kommunikationsminister Binali Yildirim den Paragraphen 5651: Er diene dem "anständigen Gebrauch des Internets für die Besserung der Gesellschaft". Der Protest aber wird lauter. In einer Online-Demonstration im Sommer zensierten sich 400 türkische Webseiten selbst.

Die Schließung des Google-Blogdienstes übers Wochenende könnte der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt. "Sie blamieren uns vor der Welt", schrieb die liberale *Radikal*: "Wenn das so weiter geht, zensieren sie als nächstes unsere Träume." Am Dienstag ein erster Hoffnungstreifen: Minister Yildirim kündigte an, man werde "die Richter bald über die Technologie aufklären". Blogger.com war mit einem Mal wieder zu errei-

chen. Youtube bleibt aber weiter blockiert. (SZ, 30.10.2008)

## **WIE IST DER TÜRKEN VATERLAND? VATERLANDSLIEBE**

Angenommen, niemand ist in der Lage die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen, niemand ist in der Lage Kritik auszuüben.

Angenommen, in den kommenden 25 Jahren werden noch weitere 50000 kurdische Kinder und 30000 türkische Kinder niedergeschossen. Milliarden an Geldern werden von Bomben, Patronen, Gewehren, Raketen verzehrt.

Angenommen, den Kurden wird weiterhin untersagt ihre Muttersprache zu praktizieren.

Die Tumulte auf den Straßen nehmen kein Ende. Die Polizei erschießt Menschen auf den Straßen. Mädchen mit Kopftuch werden nicht zur Universität zugelassen. Die Verfassung verstößt weiterhin gegen die Menschenrechte. Parteien werden mit Sanktionen oder Verboten belegt. Kriminelle Banden treiben ihr Unwesen in unseren Straßen. Nobelpreisträger werden aus unserem Land vertrieben. Armenische Journalisten werden mitten auf der Straße ermordet. Die Täter werden wie Helden verehrt und von ihnen werden Erinnerungsfotos gemacht. Sagen wir der Status quo wird fortgesetzt. Wie soll das ganze noch enden?

Wir werden als Europas ärmstes und zurückgebliebenes Land gelten. Wird euch das glücklich machen?

Ist das euer Plan für die kommenden fünfundsiebzig Jahre der Republik? Ist das euer Plan für den Staat, den ihr angeblich so sehr liebt?

Herzlichen Glückwunsch, ihr liebt den Staat wirklich sehr. Ihr seid wirklich patriotisch.

Ihr wollt nicht, dass euer Vaterland Fortschritte macht. Auch wenn es nur ein Quäntchen wäre, ihr wollt nicht, dass sich euer Vaterland verbessert. Ihr wollt nicht, dass euer Land reicher und freier wird. Wahrlich, das nennt man "Vaterlandsliebe". Ihr seid also Patrioten, die wollen, dass in eurem Vaterland weiterhin gemordet, gefoltert und unterdrückt wird. Doch was wäre, wenn ihr das Land nicht lieben würdet, wenn ihr keine Patrioten wärt? Was würdet ihr dann sagen? Was würdet ihr dann tun? Würdet ihr dann auch sagen, dass Folter, Ungerechtigkeit, Morde, kriminellen Banden, Unterdrückung, Krieg und Ungleichheiten etwas Gutes sind? Würdet ihr all das befürworten, wenn ihr selber auf der Folterbank säßet, wenn euer eigener Sohn im Krieg sterben würde, wenn eure Muttersprache verboten wäre?

Wisst ihr überhaupt, was Vaterlandsliebe bedeutet? Oder glaubt ihr, dass es richtig ist religiöse und kurdische Menschen zu hassen? Glaubte ihr es ist richtig das Militär zu verehren? Glaubte ihr es ist richtig an den Worten der Staatshüter nie zu zweifeln, ihnen immer Folge zu leisten? Ist das eurer Meinung nach Vaterlandsliebe? Wollt auch ihr keine Kopftuchträgerinnen an der Universität haben? Wisst ihr, dass Anatolien voller Kopftuchträgerinnen ist? Wollt ihr sie alle verabscheuen und hassen? Wollt ihr nie nach Anatolien gehen?

Wisst ihr, dass im Südosten der Türkei beinahe überall nur Kurden leben. Wisst ihr, dass die Kurden dort fast überall in der Mehrheit sind. Wollt ihr auch diesen Teil des Landes meiden, weil dort nur Kurden leben? Merkt ihr, dass sich eure Heimat verkleinert hat? Die Zahl der Orte, die ihr aufsuchen könnt, ist geringer geworden.

Wenn ihr sagt, dass ihr euer Land liebt, welchen Teil des Landes meint ihr dann? Ist es nur Antalya, Izmir und Istanbul? Wohin könnt ihr noch gehen? Wie könnt ihr noch sagen, dass ihr euer Land liebt, wenn ihr über die Hälfte des Landes nicht besuchen könnt (oder wollt)? Wie könnt ihr euer Land lieben, wenn ihr über die Hälfte der Bevölkerung verabscheut?

Ist es euer Plan in den kommenden fünfundsiebzig Jahren weitere fünfzigtausend Kurden zu töten, Folter zu betreiben, Klage über Klage einzureichen, kriminelle Banden zu befürworten, euren eigenen Radius zu beschränken, euer eigenes Volk zu hassen und in Angst und Furcht zu leben?

Was für ein Plan! Was für ein patriotischer Plan! Ein wirklich cleverer Plan. Solche Pläne können nur von einem schlaunen Vaterlands-Liebhaber stammen.

Wenn jede(r) sich so kleiden könnte wie sie (er) will, wenn jede(r) selber entscheiden dürfte was für ein Leben sie (er) führen will, wenn jede(r) ein freies und gleichberechtigtes Leben führen könnte, wenn wir einem Kurden gestatten würden seine Muttersprache zu sprechen, wenn wir eine wirkliche Einheit bilden würden, dann würde der Staat untergehen, ist das euer Wissen?

Wir haben einen schönen Staat gegründet. Wenn die Republik liberaler wird, glauben wir dann, dass sie untergeht?

Sollte die Republik nicht frei sein? Wünscht jeder Patriot sich ein solches Vaterland? Eigentlich wünscht sich doch jeder Monarch genau so einen Staat.

Aber kein Monarch hat es je geschafft einen solchen Druck auszuüben, um seine Macht zu erhalten. Ihr habt es geschafft. Ich gratuliere euch. Ein Staat ohne Volk.

Ihr habt einen Staat, in welchem eure Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist.

Ihr könnt nirgendwohin gehen. Wie sehr müsst ihr doch euer Land lieben!

**Originaltitel:** "Vatanınızı seviyor musunuz?" ("Liebt Ihr Euer Vaterland?"), erschienen in der Tageszeitung "Taraf" am 30.10.2008, frei übersetzt von Cemil

## **Türkei verschärft Internet-Zensur**

VON GERD HÖHLER

Die islamisch-konservative Regierung der Türkei arbeitet an neuen Methoden, um unliebsame Inhalte im Internet zuzensurieren. Nachdem die türkische Telekommunikationsbehörde im Mai auf Anweisung eines Gerichts den Zugang zum Videportal YouTube gesperrt hat, ist jetzt in der Türkei auch der Zugang zu zwei weiteren populären Internetseiten blockiert, zblogsport.com und blogger.com. Die Sperre wurde auf Antrag eines Fernsehsenders

veranlasst - wegen angeblicher Urheberrechtsverletzungen.

Im vergangenen Jahr haben die türkischen Behörden mehr als 1100 Internetseitengesperret. Rund 800 Seiten sind ständig blockiert. So ist YouTube seit über sechs Monaten gesperrt, weil in einigen Videos angeblich der türkische Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk beleidigt wird. "Beleidigung Atatürks" ist in der Türkei ein Straftatbestand.

### **Verfeinertes Instrumentarium**

Jetzt will die Regierung ihr Instrumentarium zur Zensur des Internets weiter "verfeinern", um missliebige Inhalte auszumerzen. Während man bisher nur ganze Internetseitensperren könne, werde man bald über die technischen Möglichkeiten verfügen, "problematische Inhalte" zu zensieren, ohne ein ganzes Portal zu sperren, kündigte Verkehrsminister Binali Yıldırım, der auch für die Telekommunikation zuständig ist, an.

Bereits im Frühjahr hatte die Regierung ein Gesetz verabschiedet, das es der zuständigen Aufsichtsbehörde ermöglicht, auf eine Beschwerde hin Internetseiten zu sperren. Zuvor bedurfte es dazu eines Gerichtsbeschlusses oder einer Anordnung der Staatsanwaltschaft. Verkehrsminister Yıldırım begründete die Zensurpraxis jetzt mit dem "Kampf gegen Elemente, die auf eine Entartung der Gesellschaft hinarbeiten und die Jugend zu vergiften versuchen."

Mehrere türkische Nichtregierungsorganisationen protestierten diese Woche in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Zensurpraxis. Die Internetverbote stünden in krassem Gegensatz zu den Bemühungen der Türkei um mehr Demokratie und einen Beitritt zur EU. Mustafa Akgül, Präsident des türkischen Internet-Technologie-Verbandes (ITD) hält die jüngste Sperre der beiden Bloggerportale für "einen schlechten Scherz". Das Verbot zeige, "dass man in der Türkei immer noch nicht begriffen hat, was das Internet ist".

Auch in den türkischen Medien gibt es wachsende Kritik an den Verboten. "Solche Praktiken setzen das Ansehen der Türkei in den Augen der Welt herab und bringen Schande über uns", klagt Oral Calıslar, Kolumnist der liberalen Zeitung Radikal. "Ich fürchte, bald werden sogar unsere Träume zensiert", schrieb der Journalist.

(FR, 01.11.08)

### **MENSCHENRECHTSVEREIN ADANA Innerhalb von 10 Tagen 82 Personen im Gewahrsam gefoltert**

Der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins von Adana Ethem Açıklın erklärte, dass in den letzten 10 Tagen 82 Personen im Gewahrsam Opfer von Folter wurden und dass es einen besorgniserregenden Anstieg von Folterfällen in der Provinz gibt. Die Einzelheiten dieser Fälle schickte er an die Menschenrechtskommission des Parlaments.

Açıklın, der erklärte, dass die Polizei und Jandarma beiden Übergriffen auf die Proteste gegen die Angriffe auf Abdullah Öcalan unkontrolliert Gewalt anwendete, sagte Folgendes: „In der Zeit zwi-

schen Gewahrsamnahme und Aufnahme des Berichts wird systematisch Gewalt angewandt. Indieser Zeit der Gewahrsamnahme der Sicherheitskräfte, werden die Personen vor allem in den Fahrzeugen und an Orten, an denen sich keine Kameras befinden, zu Boden geworfen, mit Fußstritten traktiert, besonders die Zahl von Kopf und Augenverletzungen durch Gummiknüppel ist gestiegen. Sobald sie auf die Wachkommen und der Bericht aufgenommen wird, benutzt niemand mehr Gewalt aber die vorhergehenden Übergriffe haben dann für sie ausreichende Resultate hinterlassen. Die Gewalt wird nunmehr undokumentiert benutzt.“

Wegen den Demonstrationen wurden in der letzten Zeit im Stadtzentrum von Adana 157 Personen festgenommen, erklärte Ethem Açıklın, sie wurden zur Justiz gebracht und danach meist wieder freigelassen unter den 82 Personen, die Opfer von gewalttätigen Übergriffen wurden befinden sich 13 Kinder im Grundschulalter.

Die Berichte der Opfer wurden dokumentiert und der Menschenrechtskommission im Parlament geschickt. Alle wurden während sie in Gewahrsam genommen wurden, im Polizeifahrzeug mit Schlägen mißhandelt.

Açıklın, der betonte, dass die Fälle von undokumentierter Folter zunehmen sagte folgendes: „Die Polizeiführung gibt den Befehl zur Folter, die muss man bestrafen. Die kann nicht das Schicksal der Türkei sein. Das Gesetz ist hier klar, exzessive Gewaltanwendung ist verboten. Die Welche die Gewalt Ausüben ist die Polizei, aber die Administration gibt die Befehle dazu...“ (IHD Adana, 01.11.08)

### **Polizeifolter und Kurdenkonflikt Schlechte Noten aus Brüssel für die Türkei**

Die Reformbemühungen in der Türkei haben spürbar nachgelassen. Die Türkei wird also am Mittwoch keine überragenden Noten im so genannten Brüsseler Fortschrittsbericht erhalten. Die EU lobt zwar Ankaras Vermittlerrolle im Kaukasus und im Nahen Osten, aber harsche Kritik gibt es erneut wegen der Menschenrechtslage und der Kurdenpolitik. Gunnar Köhne berichtet.

"Apo, Apo" rufen die Demonstranten, während eine Hundertschaft Polizisten flankiert von Wasserwerfern vorrückt. Apo ist der Kurzname für den inhaftierten Anführer der kurdischen Terrorgruppe PKK, Abdullah Öcalan. Kurz darauf fliegen in den Straßen der Stadt Van die ersten Steine; die Antworten sind Tränengas, Gummiknüppel und Festnahmen. In fast allen Städten der Südosttürkei kam es in den vergangenen Tagen zu schweren Zusammenstößen zwischenkurdischen Jugendlichen und der Polizei - und nicht nur dort: Am Wochenende griffen die Unruhen auf die Metropole Istanbul über. Allein dort wurden über 100 Festnahmen gezählt. Wut hat die Kurden auf die Straße getrieben: Über die leeren Versprechungen der Regierung für mehr Rechte der Kurden und über das drohende Verbot der Kurdenpartei DTP. Manche reden schon von einer kurdischen Intifada -und der Staat schlägt mit Härte zurück. Bei Gülsen Yolevi, der Leiterin des Istan-

buler Büros des türkischen Menschenrechtsvereins, sind bereits die ersten Beschwerden über die Polizei eingegangen:

"Die Anhänger der Partei DTP wollten von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen und ein Sit-In veranstalten. Die Polizei hatte das verboten und ist gegen die Menge vorgegangen. Dabei kam es zu Verhaftungen und zahlreichen Verletzten. Bei uns haben sich inzwischen viele gemeldet, die behaupten, von Polizisten zusammengeschlagen worden zu sein."

Alltag türkischer Menschenrechtsanwälte - dabei registrierten die Statistiken in den vergangenen Jahren einen Rückgang staatlicher Gewalt in der Türkei. Null Toleranz für Folterer hatte die Regierung unter Erdogan der eigenen Bevölkerung und nicht zuletzt der Europäischen Union versprochen. Doch die Zahlen der Menschenrechtler zeigen ein deprimierendes Ergebnis: Während 2007 zehn Menschen in Polizeigewahrsam oder Gefängnis umkamen, waren es in den ersten zehn Monaten dieses Jahres bereits 31. Immerhin: Nachdem vor zwei Monaten in Istanbul einlinker Aktivist im Untersuchungsgefängnis von Wärtern zu Tode geprügelt worden war, entschuldigte sich der Justizminister öffentlich für den staatlichen Totschlag - einmalig in der jüngeren türkischen Geschichte. Doch auch wenn die Statistiken zeitweilig besser ausgesehen hätten, sagt Gülsen Yolevi - Folter und Misshandlungen auf den türkischen Polizeiwachen hätten nie aufgehört:

"Wenn die Polizei jemandem eine gewaltsame Lektion erteilen wollte, dann wurde dessen Verhaftung eben nicht offiziell protokolliert.

Geschlagen wurde dann nicht auf der Wache, sondern an irgendeiner dunklen Straßenecke. Hinzu kommt: Die Befugnisse der Polizei wurden teilweise erweitert, etwa die Befugnis zu Durchsuchungen und zur Anwendung von Gewalt. Davon macht die Polizei natürlich auch Gebrauch."

Was das bedeutet, hat auch Vehsi Babat erleben müssen. Der Istanbul Anwalt kam im März dieses Jahres auf dem Nachhauseweg an einer Menschentraube vorbei. Wie er später erfuhr, handelte es sich bei dem Auflauf um ein illegales Glücksspiel. Nachdem er die Stelle bereits passiert hatte, wurde er plötzlich von einem zivil gekleideten Mann hart am Arm gepackt:

"Komm mit, sagte er zu mir. Warum denn, fragte ich. Sind sie Polizist? Ja, ich bin Polizist, antwortete er. Ich wollte seinen Ausweis sehen. Daraufhin zeigte er mir kurz eine Marke hinter seinem Jackenaufschlag. Dann brachte er mich zu einem Polizeitransporter. Dort wollten sie mich durchsuchen. Ich habe ihnen gesagt, dass ich Anwalt sei und sie dazu nicht berechtigt seien. Darauf schrie mich einer der Uniformierten an und schlug mir mit der Faust auf den Kopf. Während seine Kollegen mich festhielten, prügelte er weiter auf mich ein."

Vehsi Babat hat Anzeige gegen die Polizisten erstattet, die antworteten mit einer Gegenanzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung. Zu einem ersten Gerichtstermin erschienen die Polizisten nicht. Babat will seinen Fall

in letzter Instanz bis zum europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen. An eine staatliche Gerechtigkeit im eigenen Land zuglauben, fällt dem Juristen nach diesem brutalen Erlebnis schwer: "Ich werde mich auch in einem Notfall nie mehr an die Polizei wenden. Wer in der Türkei für den Staat arbeitet, ist ein Herr, dem alle anderen zu dienen zu haben. Er fühlt sich unantastbar. Und das lässt er alle anderen Bürger spüren."

### **Festnahmen und Verhaftungen**

Am Wochenende sind erneut Hunderte Personen festgenommen worden, allein in Istanbul 146 und in Van 50 Personen. Unter den Festgenommenen in Istanbul befindet sich auch der Provinzverbandsvorsitzende der DTP, gegen den Haftbefehl ausgesprochen wurde. In Mersin und Erzis wurden insgesamt 19 Personen verhaftet. In Van wurde die Festnahmedauer verlängert. In Cizre wurden elf Personen verhaftet, darunter neun Minderjährige.

### **Kurdischer Menschenrechtler zu Tode gefoltert**

Der seit sieben Jahren im Iran inhaftierte kurdische Menschenrechtler Abdulreza Recebi ist im Teheraner Gefängnis Evin zu Tode gefoltert worden. Der 46-jährige war bereits vor seiner Verlegung nach Teheran im Gefängnis in Kermanshah harten Folterungen ausgesetzt gewesen. Unter anderem soll er Scheinhinrichtungen ausgesetzt gewesen sein. Am 28. Oktober 2008 verlor er in der Folterkammer sein Leben. (*ÖP, 04.11.2008*)

## **IRAK**

### **13.000 Christen nach Drohungen vertrieben**

Aus der nordirakischen Stadt Mossul sind in den vergangenen zwei Wochen nach UNO-Angaben mehr als die Hälfte aller Christen geflohen. Rund 13.000 Menschen hätten nach Todesdrohungen Zuflucht außerhalb der Stadt oder in benachbarten Regionen gesucht, sagte der Sprecher des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR), Ron Redmond, am Freitag in Genf.

"Es ist nach wie vor nicht klar, wer hinter den Einschüchterungen steht, der sie zur Flucht treibt." Viele Flüchtlinge hätten die Stadt Hals über Kopf verlassen. Unmittelbar zuvor sei ihnen per Telefon oder Brief anderenfalls mit der Ermordung gedroht worden. (*Die Presse, 26.10.08*)

### **Papst verurteilt Gewalt gegen Christen in Irak und Indien**

In ungewöhnlich deutlicher Form hat Papst Benedikt XVI. am Sonntag beim Angelusgebet die Gewalt gegen Christen in verschiedenen Ländern West- und Südasiens, vor allem im Irak und in Indien, verurteilt. Er mache sich den Appell der orientalischen Patriarchen zu eigen, um die internationale Gemeinschaft, die religiösen Führungspersonlichkeiten und die "Menschen guten Willens" auf die Tragödie aufmerksam zu machen, die sich in einigen Ländern des Orients vollzieht, "wo die

Christen Opfer der Intoleranz und grausamer Gewalt sind". Die Christen seien gezwungen, ihre Häuser zu verlassen und auf der Suche nach Schutz herumzuirren.

Er sei sicher, dass die Völker in den betroffenen Staaten in "Jahrhunderten des respektvollen Zusammenlebens" den Beitrag der "kleinen, aber qualifizierten" christlichen Minderheiten schätzen gelernt hätten, sagte der Papst. Die Christen verlangten keine Privilegien, ihr Wunsch sei es nur, in Ruhe in ihrer angestammten Heimat leben zu können. Benedikt XVI. appellierte an die Regierungen, umgehend Legalität und Miteinander wiederherzustellen, damit "die Christen als ehrliche und loyale Bürger auf einen entsprechenden Schutz durch die staatlichen Institutionen zählen können". Er rechne außerdem damit, dass die zivilen und religiösen Autoritäten der betroffenen Länder entsprechende Gesten der Freundschaft und Hochachtung gegenüber den Minderheiten setzen und es sich zur Ehre anrechnen, deren legitime Rechte zu verteidigen. (KathWeb, 26.10.08)

### **Bischof wirft Regierung Untätigkeit bei Gewalt vor**

Die anhaltende Gewalt gegen Christen im Irak ist auch eine Folge des Schweigens der politischen Verantwortlichen. Das sagte der Bischof von Amadia, El Qas. In einem Appell warf er der Regierung vor, der Welle antichristlicher Gewalt vor allem in Mossul tatenlos zuzusehen. Was in diesen Tagen geschehe, sei das Ergebnis eines langen Schweigens des Ministerpräsidenten El-Maliki und seiner Regierung. Diese sei nicht imstande, die Welle der Gewalt gegen die Christen zu bremsen, so der Bischof. El Quas appellierte an Maliki, den Frieden wiederherzustellen und seine Verantwortung gegenüber den Christen wahrzunehmen. Die Verfassung müsse die Rechte aller Bürger, „einschließlich der Christen“, anerkennen und schützen. (Domradio, 29.10.08)

### **Nur drei Sitze im Parlament für Christen**

Für die christliche Minderheit wird es im Irak nur drei Parlaments-Sitze geben. Nach einer Abstimmung hatte sich eine Mehrheit dafür ausgesprochen, den Christen nicht die von einem irakischen UN-Gesandten vorgesehenen 7 Plätze zur Verfügung zu stellen. Für andere Minderheiten sind im Irak insgesamt drei Parlaments-Sitze vorgesehen. Das irakische Parlament will bei den Regionalwahlen Anfang 2009 nur insgesamt drei Sitze für die christliche Minderheit reservieren. Bei einer Abstimmung hätten am Montag deutlich mehr Abgeordnete für den entsprechenden Gesetzesvorschlag gestimmt als für einen Text des irakischen UN-Gesandten, der insgesamt sieben Plätze für Christen vorsah, hieß es in einer Erklärung des Parlaments. Dem verabschiedeten Text zufolge soll den Christen künftig ein Parlamentssitz in Bagdad, einer in der nördlichen Provinz Nivine und einer im südlichen Basra vorbehalten sein. Insgesamt sollen bei dem Urnengang am 31. Januar kommenden Jahres 440 Abgeordnete gewählt werden.

Neben den Christen sollen mit dem neuen Gesetz die nicht-muslimische kurdische Gemeinschaft Jasidis und die Schabak in Ninive sowie die Sabäer in Bagdad jeweils einen Parlamentssitz erhalten. „Diese Quote gilt für die Regionalwahlen und eine neue Quote wird nach nach einer Volkszählung festgelegt“, hieß es in der Parlamentserklärung.

Die irakischen Christen hatten gegen eine im September verabschiedete Gesetzgebung protestiert, die keinerlei Sonderregelungen für Minderheiten vorsah. Die UNO hatte sich im vergangenen Monat für insgesamt zwölf Sitze für Minderheiten bei den Provinzwahlen ausgesprochen. Das jetzt verabschiedete Gesetz bezeichnete Unadem Kana, einer von zwei Christen im irakischen Parlament, als „skandalöse Beleidigung“. Vor dem Einmarsch der USA in den Irak 2003 lebten etwa 800.000 Christen in dem Land. Heute sind es noch rund 600.000. (FocusOnline, 03.11.2008)

### **Mehr Rechte für Minderheiten Irakisches Wahlgesetz geändert / Christenunzufrieden**

Das irakische Parlament hat am Montag das Gesetz für die Provinzwahl Anfang 2009 geändert. Die Nachrichtenagentur Aswat al Irak berichtete unter Berufung auf einen Abgeordneten, 106 von 150 anwesenden Parlamentariern hätten für die Neufassung des Gesetzes gestimmt, nach dem nun für die Christen in den Provinzen Ninive, Bagdad und Basra jeweils ein Sitz im Provinzrat reserviert werden muss. Die Minderheiten der Schabak, Sabäer und Jesiden sollen in ihren Siedlungsgebieten insgesamt drei Sitze erhalten. Die chaldäische Kirche zeigte sich unzufrieden mit der Entscheidung. In der letzten Wahl waren den Christen noch sieben Sitze im ganzen Land vorbehalten gewesen. Christen und andere Minderheiten hatten protestiert, nachdem das Parlament im vergangenen September ein neues Wahlgesetz verabschiedet hatte, in dem überhaupt keine Sonderregelungen für sie vorgesehen waren. Der Präsidentschaftsrat hatte das Gesetz später auch gebilligt, den Parlamentariern aber gleichzeitig aufgetragen, die Frage der Minderheitenrechte noch einmal "zu überdenken". Der stellvertretende irakische Ölminister Sahib Salman Kutb wurde unterdessen bei einem Attentat in Bagdad schwer verletzt. Ein Leibwächter kam nach arabischen Medienberichten um. Durch weitere Anschläge und Angriffe wurden am Montag in Bagdad und in der Provinz Dijala insgesamt elf Menschen getötet. (F.A.Z., 04.11.2008)

## **IRAN**

### **Peitschen - foltern – hinrichten**

**Das iranische Parlament hat das Strafrecht der islamischen Republik in mehreren Punkten verschärft. So sollen Muslime, die zu einer anderen Religion übertreten, hingerichtet werden. Auch die Diskriminierung von Frauen wurde gefestigt.**

Das iranische Parlament hat eine Reform des Strafrechts gebilligt, die für religiös Abtrünnige die

Todesstrafe vorsieht. Wenn ein Elternteil Muslim gewesen ist und der Sohn mit 18 Jahren beispielsweise zum Christentum übertritt, ist nach Artikel 225 des Strafgesetzbuches die Hinrichtung vorgesehen. Die gleiche Strafe steht nach Artikel 224 auch auf die Beleidigung des Propheten Mohammed. Die absolute Mehrheit des Parlaments stimmte für die Novelle.

Zwar sollen einzelne Formulierungen und Details des Strafgesetzes mit seinen 428 Artikeln in einer weiteren Runde diskutiert und womöglich verändert werden, aber die Maßnahmen gegen Andersdenkende und Andersgläubige dürften kaum noch zur Revision stehen. Schon die jetzt ratifizierte Fassung wurde im Vergleich mit der ursprünglichen Vorlage verschärft. Abtrünnige sollen noch nicht einmal mehr die Möglichkeit bekommen, abzuschwören und zum Islam zurückzukehren. Ist das Gesetz erst einmal endgültig verabschiedet, wird der Katalog von Sanktionen innerhalb des bestehenden Rechtssystems auf lange Zeit so gut wie unmöglich sein. Damit sollen dann dauerhaft Auspeitschung, Folter, Amputation von Körperteilen und Hinrichtung als „göttlicher Wille“ durchgesetzt werden.

Von der Idee, dass „im Glauben kein Zwang“ bestehe, so wie es im heiligen Buch der Muslime steht, kann im Iran nicht mehr die Rede sein. Auch die Diskriminierung von Frauen wurde in dem Gesetz festigt. Etwa beim „Blutgeld“, einer Zahlung, die ein Täter oder seine Familie für den Tod oder den Schaden eines Opfers aufbringt. Nach wie vor ist diese im Sinne des islamischen Gesetzes grundsätzlich doppelt so hoch, wenn Männer geschädigt wurden. In Prozessen wegen Ehebruchs, der die Todesstrafe nach sich ziehen kann, gelten die Aussagen von vier weiblichen Zeugen so viel wie jene von zwei Männern.

In der neuen Strafgesetzgebung sollen auch harte Strafen in puncto nationaler Sicherheit erlassen werden. Davon betroffen sind nicht nur iranische Internet-Blogger im Land selbst, sondern auch andersdenkende Bürger im Ausland, ja sogar Nicht-Iraner. Beispielsweise macht sich ein Iraner oder ein Ausländer nach Artikel 112 strafbar, wenn er gegen den iranischen Staat und gegen die „nationale Sicherheit“ des Iran handelt. Der bisherige Umgang mit iranischen Oppositionellen legt den Schluss nahe, dass bereits eine Protestaktion gegen Menschenrechtsverletzungen ausreichen könnte, um sich einen solchen Vorwurf einzuhandeln.

Zur staatlichen Willkür der Strafverkündung kommt die Möglichkeit hinzu, Exil-Iraner oder gar Ausländer zu verhaften und hinzurichten, sobald sie iranischen Boden betreten. Denn die Gesetze können so ausgelegt werden, dass jeder Kritiker als Feind gegen den Staat, den Islam, ja gegen Gott bestraft werden kann. (*KSta.de, 19.09.08*)

## **Nach 47 Tagen Hungerstreik politischer Gefangenen beendet**

Hafterleichterungen zugesagt - Dissidenten protestierten gegen Hinrichtungen und unmenschliche Haftbedingungen

Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) jetzt erfahren hat, beendeten ca. 100 politische Gefangene im Iran am 10. Oktober ihren Hungerstreik, den sie seit dem 25. August aufrecht erhalten hatten. Der Streik mit dem Motto "Widerstand heißt Leben" war ein Protest gegen die drohende Hinrichtung von acht kurdischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten.

Politische Gefangene in den Gefängnissen von Urmiye, Sine, Kirmanshan und Teheran riefen am 25. August 2008 den Hungerstreik ins Leben. Vorher hatten sie Hungerstreikkomitees gebildet, um die Prostatktion koordinieren zu können. Der Streik richtete sich wie gegen die drohenden Hinrichtungen so auch gegen Folter und unmenschliche Haftbedingungen. Die zum Tode verurteilten Journalisten Adnan Hassanpur, Abdulwahed Hiwa Butimar und Farzad Kamangar, die Menschenrechtsaktivisten Farhad Wakily, Ali Haidrian, Arsalan Awliaiy, die Frauenrechtlerin Habibulla Latify und der Lehrer Anwer Hussein Panahy beteiligten sich an dem Hungerstreik.

Bevor der Hungerstreik am 10. Oktober beendet wurde, hatte die iranische Regierung in Gesprächen mit den Gefangenen in Urmiye zugesagt, die Haftbedingungen zu verbessern. Trotz Beendigung des Hungerstreiks versichern die Häftlinge in einer Erklärung ihre fortbestehende Solidarität mit den zum Tode Verurteilten.

Die IGFM ist eine Menschenrechtsorganisation, die 1972 in Frankfurt am Main gegründet wurde. Sie unterstützt Menschen, die sich gewaltlos für die Verwirklichung der Menschenrechte in ihren Ländern einsetzen oder die verfolgt werden, weil sie ihre Rechte einfordern. Nach Auffassung der IGFM sind nach dem Recht auf Leben und Sicherheit der Person, die bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Versammlungs-, Religions- und Pressefreiheit die wichtigsten Menschenrechte. Ohne sie kann es weder Frieden noch sozialen Fortschritt geben. Die Grundlage ihrer Arbeit bildet die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948. (*Presse.com, 15.10.08*)

## **Frauen-Aktivistin im Iran verhaftet Studentin wollte Film über die rechtliche Situation der Frauen in ihrem Land drehen - Video-Aufnahme sei nicht genehmigt gewesen**

Teheran - Die iranische Polizei hat eine in den USA studierende Iranerin verhaftet, die einen Film über die Lage der Frauenrechte in ihrem Land drehen wollte. Die junge Studentin, die an einer Universität in Kalifornien eingeschrieben ist, sei bereits in der vergangenen Woche wegen angeblich nicht genehmigter Video-Aufnahmen festgenommen worden. Inzwischen habe man Esha Momeni in das berüchtigte Ewin-Gefängnis in der Hauptstadt Teheran gebracht, berichtete die Tageszeitung "Kargozaran" am Dienstag. Den Angaben zufolge ist sie Mitglied

der Initiative "Wechsel für Gleichheit". Ziel der Organisation ist es, die Rechte der Frauen im Iran zu verbessern.

Die Ermittler werfen Momeni vor, sie habe ohne vorherige Erlaubnis an einem Film über die Frauenrechtlerin Parvin Ardalan gearbeitet. Die 41-Jährige hatte eine großangelegte Unterschriften-Aktion gestartet, mit der Reformen in der iranischen Gesetzgebung angestoßen werden sollten. Im Iran sind Frauen gegenüber Männern in zahlreichen Lebens- und Rechtsbereichen immer noch stark benachteiligt. Erst im Februar dieses Jahres hatte Ardalan den Olof-Palme- Menschenrechtspreis erhalten. Die Behörden verweigerten ihr daraufhin die Ausreise, um die Auszeichnung in Schweden entgegen zu nehmen. (*Die Standard.at*, 21.10.08)

### **Im Iran werden Frauenrechtlerinnen zunehmend Opfer von willkürlichen Verhaftungen und Repressalien**

Seit dem Amtsantritt des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinedschad 2005 werden im Iran verstärkt Frauenrechtlerinnen verfolgt und inhaftiert. Ohne konkrete Anklage werden diese Frauen in Gefängnissen über lange Zeit gefangen gehalten, kritisiert die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Vor allem die Aktivistinnen der "One Million Signatures Campaign for Equality" ("Eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung") sind das erklärte Ziel der iranischen Justiz. Sie werden mit Reiseverboten belegt, eingeschüchtert und willkürlich inhaftiert. Derzeit befinden sich über 30 iranische Frauenrechtlerinnen in Haft, wo ihnen die elementarsten Rechte verweigert werden. Laut Change for Equality wurde die iranische Menschenrechtsaktivistin Sussan Tahmasebi am 26. Oktober 2008 am Abflug in die USA gehindert, wo sie über die Kampagne für Frauenrechte im Iran "One Million Signatures for Equality" sprechen sollte. Iranische Sicherheitsbeamte beschlagnahmten am Flughafen ohne Grundangabe ihren Reisepass. Danach wurde ihr Haus durchsucht, CDs, Bücher, ihr Laptop und andere Gegenstände wurden beschlagnahmt. Sussan Tahmasebi erhielt die Aufforderung, vor dem Gericht zu erscheinen. Dies war bereits das vierte Mal, dass Sicherheitsbeamte sie an der Ausreise hinderten. Auf ihre Frage nach den Gründen des Reiseverbots bekam sie keine Antwort.

Frau Tahmasebi ist nicht das einzige Mitglied der Frauenrechts-Kampagne, die unter den Repressalien des iranischen Regimes zu leiden hat. Am 9. Oktober 2007 wurde die Frauenrechtlerin Ronak Safazadeh unter dem Vorwurf der "Verschwörung gegen die staatliche Sicherheit" verhaftet. Sie erkrankte im Gefängnis schwer, wurde aber erst im Juli 2008 in ein Krankenhaus eingeliefert. Dort stellte man eine akute Infektion des Verdauungstraktes aufgrund unhygienischer Haftbedingungen fest. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Iran liegt bis heute kein rechtskräftiges Urteil gegen Frau Safazadeh vor. Hana Abdi, Psychologiestudentin, enge Freundin von Frau Tahmasebi und Aktivistin der Kampagne

"One Million Signatures for Equality", befindet sich seit dem 4. November 2007 in Haft. Wie Frau Safazadeh wird sie der "Verschwörung gegen die staatliche Sicherheit" beschuldigt. Monatelang wurde sie in Einzelhaft und gefoltert. Jeglicher Kontakt zu ihrer Familie wurde verweigert. Am 26. April 2008 verurteilte ein iranisches Gericht Frau Abdi zu fünf Jahren Haft. Die Haftstrafe wurde am 2. Oktober 2008 auf eineinhalb Jahre reduziert. Diese Fälle sind keine Ausnahmen. "In den letzten drei Jahren wurden im Iran über hundert Frauenrechtlerinnen Für ihre friedlichen Aktivitäten wie Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und private Treffen bestraft", kritisiert die in Frankfurt am Main ansässige Menschenrechtsgesellschaft IGFM. (*IGFM*, 31.10.08)

## **SYRIEN**

### **Haft für zwölf prominente Regimekritiker**

Die zwölf Dissidenten forderten Meinungsfreiheit und eine demokratische Verfassung. Sie wurden vergangenes Jahr festgenommen und nun zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt.

Ein syrisches Gericht hat am Mittwoch zwölf prominente Regimekritiker zu jeweils zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Der Richter sagte in seiner Urteilsbegründung, die Angeklagten hätten "das Nationalgefühl geschwächt und falsche Nachrichten verbreitet".

### **Führende Intellektuelle und Oppositionelle**

Die zwölf Dissidenten, elf Männer und eine Frau, gehören zu Syriens führenden Intellektuellen und Oppositionellen. Sie waren vergangenes Jahr festgenommen worden, weil sie bei einer Versammlung Meinungsfreiheit und eine demokratische Verfassung gefordert hatten. Die meisten der Verurteilten, darunter der krebskranke Oppositionsführer Riad Seif, haben schon in der Vergangenheit jahrelang als politische Häftlinge in syrischen Gefängnissen gesessen.

Während der Urteilsverkündung riefen mehrere der Gefangenen: "Syrien wird frei sein" und "Lang lebe Syrien". Das Publikum im Gerichtssaal erhob sich und applaudierte den Angeklagten.

### **Dissidenten werden "mundtot gemacht"**

Syriens Nationale Menschenrechtsorganisation (SOHR) erklärte, die Verurteilten hätten lediglich ihre verfassungsgemäßen Rechte ausgeübt. Ziel dieser politischen Urteile sei es offensichtlich, jeden, der in Syrien Meinungen vertritt, die vom Diskurs der Regierung abweichen, "mundtot zu machen".

Die Verurteilten gehören auch zu den Unterzeichnern der "Damaszener Erklärung". In dieser Erklärung, die 2005 veröffentlicht worden war, hatten Angehörige verschiedener politischer Strömungen von Präsident Bashar al-Assad und seiner Regierung demokratische Reformen, eine Normalisierung des Verhältnisses zum Nachbarland Libanon

und mehr Rechte für die syrischen Kurden gefordert. Auf die Forderungen reagierte die syrische Führung damals mit einer Verhaftungswelle. Der Fall hatte internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die USA und europäische Regierungen hatten das Verfahren wiederholt kritisiert. Kürzlich trat der französische Präsident Nicolas Sarkozy bei einem Treffen mit seinem syrischen Amtskollegen Assad für ihre Freilassung ein. (*Die Presse.com, 29.10.08*)

### **Kurdendemonstration gewaltsam aufgelöst**

Syrische Sicherheitskräfte haben am Sonntag in Damaskus eine Demonstration von Kurden gegen die geplante faktische Enteignung von Grundeigentum in Grenzgebieten gewaltsam aufgelöst. Augenzeugenberichten zufolge setzte die Polizei dabei Schlagstöcke ein. Mehrere Personen wurden verletzt. 192 Demonstrationsteilnehmer wurden vorübergehend festgenommen, unter ihnen 15 führende syrisch-kurdische Politiker. Bis auf Hassan Saleh, Politbüromitglied der Kurdischen Yekiti-Partei, sind alle Festgenommenen inzwischen wieder auf freiem Fuß.

Zu der Demonstration gegen den Präsidentenerlass Nr. 49 vom 10.09.2008 vor dem Sitz des syrischen Parlaments hatten sieben kurdische Parteien und Organisationen aufgerufen. Der Erlass stellt das Eigentum der syrischen Bevölkerung in den Grenzgebieten des Landes in Frage. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hatte bereits am Freitag davor gewarnt, dass das Regime besonders hart gegen kurdische Demokraten vorgehen würde, und alle in der syrischen Hauptstadt vertretenen Botschafter der EU-Staaten um erhöhte Aufmerksamkeit für friedliche Menschenrechtsverteidiger gebeten.

Die Anzahl der Kurden, die als politische Gefangene in syrischen Haftanstalten festgehalten werden, wird auf 165 Personen geschätzt. Der GfbV sind inzwischen die Namen von 112 Gefangenen bekannt. Die etwa zwei Millionen syrischen Kurden, die in drei Regionen an der syrisch-türkischen Grenze die Mehrheit der Bevölkerung stellen, werden bis heute diskriminiert oder unterdrückt. Ihnen werden die sprachlichen und kulturellen Rechte vorenthalten. 1962 wurde 300.000 Kurden im Zuge der massiven Arabisierungspolitik die syrische Staatsbürgerschaft aberkannt. Seitdem verlangen internationale Menschenrechtsorganisationen, unter ihnen auch die GfbV, ihre Wiedereinbürgerung.

Liste der festgenommenen bzw. später freigelassenen kurdischen Politiker:

1. Saleh Gadro, Stellvertretender Vorsitzender der kurdischen Linkspartei
2. Hussein Hamid, Mitglied des Zentralkomitees der kurdischen Linkspartei
3. Hussein Nawaf, Mitglied des Zentralkomitees der kurdischen Linkspartei
4. Rashad Gadro, Mitglied des Zentralkomitees der kurdischen Linkspartei
5. Mahmud Miro, Mitglied der kurdischen Linkspartei

6. Hassan Saleh, Politbüromitglied der Kurdischen Yekiti-Partei (noch in Haft)
7. Muhammad Ismail, Politbüromitglied der Kurdischen Demokratischen Partei
8. Fuad Aliko, Sekretär der kurdischen Linkspartei
9. Suleyman Osso, Politbüromitglied der Kurdischen Yekiti-Partei
10. Maaruf Mulla Ahmad, Politbüromitglied der Kurdischen Yekiti-Partei
11. Dr. Abdulhakim Bashar, Sekretär der Kurdischen Demokratischen Partei
12. Mustafa Jumaa, Politbüromitglied der Kurdischen Azadi-Partei
13. Harvin Ossi, kurdische Zukunftsbewegung
14. Nassradin Barhik, Politbüromitglied der Kurdischen Demokratischen Partei
15. Abdulkaiim Muhammad, Politbüromitglied der Kurdischen Demokratischen Partei

(*PE von GfbV, 03.11.2008*)

## **DEUTSCHLAND**

### **Nordrhein-Westfalen beginnt mit alevitischem Religionsunterricht**

An vier Schulen des Bundeslandes, in Köln, Bergkamen und Wuppertal wurde mit alevitischem Religionsunterricht in deutscher Sprache begonnen, der von alevitischen Lehrern erteilt wird. Die Grundlagen für den Unterricht wurden von der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V. (AABF, [homepage-deutsch](http://homepage-deutsch.com)) erarbeitet. (*NTV, 8.10.08*)

### **Blaue Briefe für Kurden**

VON EDGAR AUTH

Behördenquälerei von Flüchtlingen" wirft die Bundestagsabgeordnete der Linken, Ulla Jelpke, dem Bundesinnenministerium (BMI) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) vor. Das Bamf habe in diesem Jahr 40 000 Verfahren eingeleitet, in denen der Status anerkannter Asylberechtigter überprüft und widerrufen wird. Betroffen seien vor allem politisch verfolgte Kurdinnen und Kurden aus der Türkei, die seit vielen Jahren in Deutschland leben und vor 2005 als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention anerkannt wurden.

In einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung erkundigte sich Jelpke, ob das Bamf damit Weisungen des Innenministeriums folgt und ob dies im Zusammenhang mit mehrfachem Lob aus der Türkei steht. Ankara hatte die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK gewürdigt.

Das BMI beruft sich auf die Rechtslage. Die Widerverfahren seien gemäß Paragraf 73, Absatz 7 des Asylverfahrensgesetzes "bis spätestens 31. Dezember 2008 durchzuführen, wenn die Entscheidung über den Asylantrag vor dem 1. Januar 2005 unanfechtbar geworden ist", heißt es in der Antwort des Ministeriums.

Dass Verwaltungsgerichte die meisten der gegen türkische Staatsangehörige gerichteten Verfahren

als rechtswidrig aufheben, stört das BMI nicht. Vielmehr sei das Bamf gehalten, gegen "fehlerhafte verwaltungsgerichtliche Entscheidungen" Berufung einzulegen - ein nicht gerade zurückhaltender Rüffel der Exekutive für unabhängige Gerichte. Diese sehen politisch verfolgte Kurden in der Türkei auch wegen der dort wieder verschärften Lage weiter als gefährdet an. Die Bundesregierung unterrichtet heute den Menschenrechtsausschuss des Parlaments "vor dem Hintergrund der aktuellen gewaltsamen Maßnahmen des türkischen Staates", wie es auf der Tagesordnung heißt.

Eine falsche Weichenstellung beim Bamf rügt die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl. Dort bekämen die Widerrufsverfahren wegen der Rechtslage Vorrang vor aktuellen Asylanträgen. In einem Brief an den Innenausschuss des Bundestags schätzt Pro Asyl, dass sich die Zahl der unerledigten Asylverfahren im Vergleich zum Vorjahr verdoppeln werde. "Da entsteht ein künstlicher Berg", sagte Pro-Asyl-Sprecher Bernd Mesovic der FR. Zugleich würden viele anerkannte Flüchtlinge "in Unsicherheit gestürzt". Pro Asyl erinnert daran, "dass der Schutz von Flüchtlingen und nicht der Entzug des Schutzstatus" Aufgabe der Behörde sei.

Claudia Möbus, Sprecherin des Bamf, sagte der FR, das Amt entscheide durchaus weiter in aktuellen Asylverfahren. Die Widerrufe seien gesetzliche Pflicht und keine Aufenthaltsbeendigung. Auch gebe es keine besondere Anweisung bezüglich türkisch- oder kurdischstämmiger Flüchtlinge. Pro Asyl hält dagegen, dass laut Statistik bis Juni 2008 im Durchschnitt nur 17 Prozent aller Asylberechtigten betroffen waren, bei türkischstämmigen aber 64 Prozent. (FR Online.de, 05.11.08)

## EUROPA

### **Die Türkei zensuriert Schweizer Kulturfestival**

*Von Susanne Schanda*

**Das Festival "Culturescapes" präsentiert ab 1. November in acht Schweizer Städten kulturelle Landschaften der Türkei. Auf Druck des türkischen Kulturministeriums wurden in letzter Minute fünf Essays von Türkei-Kennern und ein Film aus dem Programm gekippt.**

"Die Türkei vergibt eine Chance", sagt Amalia van Gent, Türkei-Korrespondentin der *Neuen Zürcher Zeitung*, gegenüber swissinfo. Sie versteht nicht, warum ihr Text, den sie für die Programmzeitung des Festivals geschrieben hatte, der Zensur zum Opfer fiel.

"Ich versuche darin, die gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der letzten zehn Jahre in der Türkei darzustellen und ziehe eine relativ positive Bilanz, bei allen negativen Nebengeräuschen", sagt die Journalistin, die seit vielen Jahren in Istanbul und Athen lebt.

Als sie von der Zensur gehört habe, sei sie schockiert gewesen. "Ich konnte kaum glauben, dass der lange, dunkle Arm der Türkei bis in die Schweiz reicht", sagt Amalia van Gent. Erst vor zwei Wo-

chen habe sich das Land an der Frankfurter Buchmesse unter dem Motto "faszinierend farbig" pointiert modern, multikulturell und weltoffen präsentiert.

### **Widersprüchliche Türkei**

Die Journalistin, die gerade mit ihrem neuen Buch "Leben auf Bruchlinien – Die Türkei auf der Suche nach sich selbst" in der Schweiz auf Lesetour geht, ist enttäuscht von diesem Rückschlag. Neben ihrem Text wurden vier weitere aus dem Programm gekippt, darunter auch der Essay von Kai Strittmatter, Korrespondent des *Tages-Anzeigers* und der *Süddeutschen Zeitung*.

Auch er ist verblüfft über die Zensur, zumal er "ein vorsichtig optimistisches Fazit der türkischen Entwicklung zieht", wie er gegenüber swissinfo sagt. Das verbliebene Programm zeige immer noch einen hervorragenden Querschnitt durch die moderne, junge, offene Türkei.

"Da steht noch immer der Pianist Fazil Say, der die Regierung in Ankara schwer angegriffen und damit einen Skandal ausgelöst hat. Und da steht ausserdem das Stück 'Mehmet liebt Paris' über einen schwulen Kurden, der den Wehrdienst verweigert - für türkische Bürokraten alten Zuschnitts sind das gleich drei Tabus in einem Satz", so Strittmatter weiter.

### **Stellungnahme der türkischen Botschaft**

"Culturescapes" steht unter dem Patronat des schweizerischen Bundespräsidenten Pascal Couchepin und des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül. "Es ist ein Anlass, eher unbekannte Aspekte der Türkei zu entdecken und den kulturellen Reichtum in Literatur, Film, Bühnenkunst und besonders in der Musik kennen zu lernen", schreibt Couchepin im Grusswort des Programms.

Für eine Stellungnahme zu den Zensurvorfällen war im Departement des Inneren am Freitag niemand erreichbar.

Dagegen gab die türkische Botschaft am Freitagabend in einer Stellungnahme bekannt, sie teile die Kritik "einiger Kreise" am Programm nicht und habe deshalb zu vermitteln versucht. Ausserdem warnte sie davor, das Festival mit "destruktiver Kritik" zu schädigen, bevor es überhaupt begonnen habe.

### **Festival wäre kollabiert**

Das türkische Kulturministerium hatte mit Subventionsentzug gedroht, wenn die fünf Essays und der türkische Film "Gitmek" nicht vom Programm genommen worden wären. Der Festivalleiter Jurri-aan Cooman wollte die Durchführung nicht gefährden, deshalb gab er dem Druck nach.

Das von der Schweiz und der Türkei mit je 400'000 Euro finanzierte Festival wäre kollabiert, wenn die Türkei ihren Beitrag zurückgezogen hätte.

### **Zensur hin oder her**

Sowohl Amalia von Gent wie auch Kai Strittmatter vermuten, dass die "Programmsäuberung" auf den

persönlichen Entscheid eines subalternen Mitarbeiters des Kulturministeriums zurückzuführen sei. Der türkische Film "Gitmek", welcher der Zensur zum Opfer fiel, erzählt die Geschichte einer Türkin, die sich in einen Kurden aus dem Nordirak verliebt. Die mit dem Festival kooperierenden Kinos in Basel, Bern und Zürich haben am Freitag mit Enttäuschung auf den Zensurversuch reagiert. Sie werden den Film dennoch zeigen – Zensur hin oder her. (swissinfo, 31.10.08)

### **Protest der GfbV-Österreich gegen die rassistischen Aussagen von Erdogan**

Die Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich protestiert aufs Schärfste gegen die Aussage des türkischen Ministerpräsidenten Recep T. Erdogan vom 4. November 2008 (bei der Pressekonferenz anlässlich des Besuches des libanesischen Ministerpräsidenten Fuad Siniora), die Türkei bestehe aus einer Nation, einer Flagge und einem Land und wer damit nicht einverstanden sei, solle das Land verlassen.

Dieser rassistische Angriff ignoriert die Existenz der zahlreichen ethnischen Gruppen in der Türkei und schürt nur Ressentiments zwischen den Gruppen. Weiters gab der Ministerpräsident auf die Frage, was er davon halte, dass am vergangenen Sonntag, den 3. November 2008, ein Türke auf kurdische Demonstranten geschossen habe, zur Antwort, dass die Geduld der Bürger eine Grenze habe und sie bei Bedarf auch solche Mittel in Anspruch nehmen würden.

Unter Berücksichtigung der jüngsten Unruhen in mehreren türkischen Städten (u. a. in Trabzon), wobei sich aufgebrachte türkische Nationalisten

innerhalb kürzester Zeit zusammen taten und kurdische Mitbürger auf offener Straße lynchen wollten, ist zu befürchten, dass mit den Aussagen des Ministerpräsidenten die Stimmung noch mehr aufgeheizt wird und die Kurden damit zu „Freiwild“ werden. Bei diesen rassistischen Angriffen wurden bedrohte Kurden wegen Unruhestiftung verhaftet und die Täter, obwohl ihre Angriffe mit Fotos und Videoaufnahmen dokumentiert sind, nicht strafrechtlich verfolgt. Nachdem bereits mehrere türkische Politiker und hohe Beamte solche Angriffe verteidigten und nun auch der Ministerpräsident in die selbe Kerbe schlägt, ist zu befürchten, dass die nationalistischen Kräfte geradezu ermutigt werden, weitere Angriffe zu unternehmen und die Lage damit eskalieren könnte.

Die Rechtsstaatlichkeit erfordert entsprechend ausgebildete Organe (vor allem eine unabhängige Justiz), die Rechtsbrüchen entsprechend begegnen. In einem demokratischen System wäre die Gefährdung von einzelnen Personen oder Gruppen durch Zivilpersonen eine strafbare Handlung. Mit seinen Aussagen stellt sich der türkische Ministerpräsident Recep T. Erdogan gegen jede Rechtsstaatlichkeit.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich fordert die türkische Regierung auf, die in der Türkei lebenden ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen anzuerkennen und alle Angriffe von unbefugten Personen auf diese Gruppen strafrechtlich zu verfolgen. Weiters fordert die GfbV den Ministerpräsidenten Recep T. Erdogan auf, sich von seinen diskriminierenden und rassistischen Aussagen zu distanzieren und bei den Kurden und den anderen ethnischen Gruppen in der Türkei zu entschuldigen. (PE von GfbV Österreich, 05.11.08)

---

Die im Informationsdienst wiedergegebenen Berichte, Kommentare und Interviews bilden nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers, sondern sie dienen der Meinungsvielfalt und zur Information.

Abubekir Saydam  
(Der Herausgeber)

---

## Neuerscheinungen

### Bilderdokumentation über Lalish

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freunde!

In Russland ist ein Bilderalbum über das Yezidische Tempel Lalish erschienen. Das Werk umfasst 207 Seiten und enthält ungesehene Bilder von dem wichtigsten Heiligtum der Yeziden! Ein Forscherteam von Historikern und Archäologen hat mit Erlaubnis des Yezidischen Rates im Irak, alle wichtigen Daten von Lalish dokumentiert.

100 Exemplare können in Deutschland nun erworben werden.

Über eine Veröffentlichung in den verschiedenen Seiten würden wir uns freuen!

Mit freundlichen Grüßen

Ilyas Yanc

Lalisa Nurani – Yekaterinburg, 2008.

ISBN 978-5-91356-048-3

Kontakt: ilyas\_yanc@gmx.de

---

### **"Die Türkei, die Juden und der Holocaust"**

Gastland der Frankfurter Buchmesse ist dieses Jahr die Türkei.

Rechtzeitig zu diesem Anlass ist das Grundlagenwerk von Corry Guttstadt zur Geschichte der Juden im Osmanischen Reich und der türkischen Republik erschienen. Auf der Basis jahrelanger Recherchen in Archiven zahlreicher Länder wird in diesem Buch zum ersten Mal das Schicksal der türkischen Juden während des Holocaust dargestellt. Gängige Mythen über die Rolle der Türkei als Exilland und die angeblich der „Judenrettung“ dienenden Aktivitäten der türkischen Diplomatie werden einer kritischen Revision unterzogen.

**Corry Guttstadt**

#### **Die Türkei, die Juden und der Holocaust**

Die erste Generation türkischer Migranten in Westeuropa war mehrheitlich jüdisch. 20 bis 30.000 Juden türkischer Herkunft lebten während der Zwischenkriegszeit in verschiedenen europäischen Ländern, wo sie eigene sephardische Gemeinden gründeten. Obwohl viele von ihnen Opfer der Schoah wurden, wurden sie in der internationalen Holocaustforschung bislang kaum berücksichtigt.

Die Autorin untersucht die wechselvolle Geschichte der Juden der Türkei. Noch gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten die etwa 400.000 Juden des Osmanischen Reiches weltweit eine der größten und blühendsten Gemeinden gestellt. Die Kriege zu Beginn des 20. Jahrhunderts sowie der forcierte Nationalismus der neu entstehenden Nationalstaaten trieb viele von ihnen in die Emigration. In zahlreichen europäischen Metropolen entstanden türkisch-jüdische Gemeinden, die ihre eigenen kulturellen und sozialen Strukturen hervorbrachten. Während des Nationalsozialismus wurden viele ihrer Mitglieder Opfer der Judenverfolgung, obwohl sie als Angehörige eines neutralen Staates speziellen Bedingungen unterlagen.

Das Buch geht dem Schicksal türkischer Juden in verschiedenen europäischen Staaten unter der NS-Herrschaft nach. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der widersprüchlichen Politik der Türkei, die zwar einerseits verfolgten deutsch-jüdischen Wissenschaftlern und Künstlern Exil gewährte, andererseits jedoch wenig unternahm, um ihre im NS-Machtbereich befindlichen jüdischen Staatsbürger zu retten. Auch innerhalb der Türkei wurden Juden durch eine Sondersteuer faktisch ihres Besitzes beraubt, sodass die Mehrheit der verbliebenen Juden der Türkei nach Gründung des Staates Israel dorthin emigrierte.

Das Buch schließt nicht nur eine wichtige Forschungslücke, sondern erhält vor dem Hintergrund eines erstarkten Antisemitismus in der Türkei sowie der Diskussion um das Holocaustgedenken in der Migrationsgesellschaft eine besondere Aktualität.

„Nach unserer Kenntnis ist dies die wichtigste Arbeit über die sephardischen Juden türkischen Ursprungs, die Opfer des Holocaust wurden“ (Michael Halévy).

ISBN 978-3-935936-49-1, 520 Seiten, erschienen September 2008, 26.00 Euro, 46.00 CHF

[www.assoziation-a.de/neu/Die\\_Tuerkei\\_die\\_Juden\\_und\\_der\\_Holocaust.htm](http://www.assoziation-a.de/neu/Die_Tuerkei_die_Juden_und_der_Holocaust.htm)

(Scharf Links, 25.09.08)